

# Interzonen-Erleichterungen gefordert

## Schreiben der Oberkommissare und Berliner Stadtkommandanten an Sowjets

Berlin (Eigenmeldung). Die Westmächte sind entschlossen, nach dem enttäuschenden Ergebnis der Berliner Viermächtekonferenz mindestens eine Milderung der durch die Teilung Deutschlands entstandenen Härten zu erreichen, nachdem die Sowjets alle Möglichkeiten zu einer Wiedervereinigung in Freiheit abgelehnt haben. In gleichlautenden Schreiben haben die drei westlichen Oberkommissare und die Westberliner Stadtkommandanten den zuständigen sowjetischen Behörden ein insgesamt 13 Punkte umfassendes Programm zur Diskussion vorgeschlagen. Mit der Durchführung dieser Punkte sollen der Verkehr innerhalb Deutschlands und die Lebensbedingungen in Berlin normalisiert werden.

Das Schreiben des amerikanischen Oberkommissars Dr. Conant hat folgenden Wortlaut:

„Auf der Sitzung der Außenminister Großbritanniens, der USA, Frankreichs und der UdSSR am 18. Februar in Berlin wurde festgestellt, daß die Regierungen Großbritanniens, der USA und Frankreichs eine Untersuchung darüber eingeleitet hatten, welche Maßnahmen zur Verminderung der sich aus der gegenwärtigen Teilung Deutschlands für die deutsche Bevölkerung ergebenden Härten unternommen werden könnten. Obwohl derartige Maßnahmen keinen Ersatz für die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages darstellen, die auch weiterhin die Ziele der amerikanischen Politik bleiben, ist die Regierung der USA der Ansicht, daß es für die vier Besatzungsmächte in Deutschland möglich sein sollte, ein sofortiges Übereinkommen über die Beseitigung einer gewissen Anzahl von ungewollten Hindernissen zu erzielen, die immer noch die Bewegungsfreiheit zwischen den verschiedenen Teilen Deutschlands unterbinden.

Ich schlage Ihnen daher vor, daß wir uns darüber einigen, daß jeder von uns in angemessener

ner Weise die folgenden Maßnahmen treffen sollte:

a) Die Abschaffung der bisher erforderlichen Aufenthaltsgenehmigungen für in der Bundesrepublik ansässige Deutsche, die in die Sowjetzone zu reisen wünschen.

b) Die Öffnung der Interzonenübergangsstellen, die von den sowjetischen Behörden zu verschiedenen Zeitpunkten von Mitte des Jahres 1952 geschlossen wurden.

c) Die Verbesserung des Interzonen-Straßen- und Bahn-Transportwesens einschließlich der Einführung schneller Zugverbindungen mit verbesserten Personenbeförderungs-Möglichkeiten zwischen den größeren Städten Westdeutschlands auf der einen Seite und Ostdeutschlands und Berlins auf der anderen Seite.

d) Die Beseitigung der Sperrzone, der Stacheldrahtverhaue und aller anderen Hindernisse, die in der sowjetischen Zone entlang der sowjetischen Zonen-grenze errichtet wurden.

e) Die Abschaffung aller Kontrollen und aller der freien Verbreitung von Drucksachen entgegenstehenden Beschränkungen.

Was Berlin anbetrifft, so sollten wir uns über geeignete Maßnahmen zur Wiederherstellung normaler Lebensbedingungen für die Bewohner der Stadt einigen.

Ich erachte es insbesondere für notwendig, daß eine Entscheidung über die beiden folgenden Fragen erreicht wird:

a) Die Abschaffung aller Formalitäten in bezug auf den Personenverkehr zwischen Berlin und der Sowjetzone.

b) Die Abschaffung aller Beschränkungen der Bewegungsfreiheit von Personen und Gütern zwischen den Westsektoren Berlins und Westdeutschland, insbesondere der Verzicht auf die Ausstellung der Warenbegleitscheine.

Ich würde mich freuen, mit Ihnen baldmöglichst zusammenzukommen, um diese Vorschläge zu erörtern. Wenn diese Vorschläge, wie ich hoffe, für Sie annehmbar sind, dann werden sich vielleicht technische Erörterungen im Hinblick auf die unter b) und c) im 2. Absatz angeführten Vorschläge notwendig erweisen. In diesem Falle bin ich bereit, die Namen der deutschen technischen Sachverständigen mitzuteilen, die ermächtigt sind, für Westdeutschland diese Fragen zu behandeln. Es würde mich freuen, von Ihnen eine entsprechende Nachricht zu erhalten.“

In den Schreiben der Westberliner Stadtkommandanten werden Erleichterungen für den Verkehr zwischen Ost- und Westberlin vorgeschlagen. Die Kommandanten empfehlen:

1. Abschaffung der Polizeikontrollen an den Sektorengrenzen;
2. Aufhebung der Straßensperren;
3. Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs in der ganzen Stadt;
4. Wiederaufnahme des Telefon-Selbstwähldienstes;
5. Wiederherstellung des Gesamtberliner Postdienstes;
6. freien Austausch von Druckerzeugnissen und Filmen,

## Lehre und Protest

WG. Über das Ende der Viererkonferenz hinaus bleibt also Deutschland geteilt, aber dennoch bleibt es unteilbar, — unteilbar als lebendiges Volk und nationale Gemeinschaft. Das ist die Lehre der Konferenz, die in dem äußerlich zerrissenen aber innerlich unzerreißbaren Berlin von allen gezogen werden muß. Das ist aber auch zugleich unser feierlicher Protest gegen die Fortdauer eines Zustandes, der dem Recht, der internationalen Moral und allen Einsichten einer vernünftigen Politik widerspricht, Protest gegen die an dem negativen Ergebnis Schuldigen.

Dieser Protest hat gestern mit dem Ende der Viererkonferenz begonnen. Er wird erst dann verstummen, wenn Deutschland endlich das Recht wiedergewonnen hat, in staatlicher Einheit, innerer Freiheit, äußerer Unabhängigkeit und Sicherheit nach eigenem Gesetze zu leben. Hier ist die alte Aufgabe täglich noch dringender als bisher gestellt: für alle Deutschen, für die Bundesregierung vor allem und selbstverständlich auch für die vier Mächte.

Diese Lehre, die sich aus dem Ausgang der Berliner Konferenz für uns und alle Welt ergibt, ist wichtiger und deutlicher als ihr so mageres Ergebnis. Es besteht im Grunde nur darin, daß eine neue Konferenz beschlossen worden ist, die sich Ende April in Genf unter Teilnahme Rotchins mit den ostasiatischen Fragen befassen soll. Ob dann diese neue Konferenz einen Erfolg bringen wird, der die Entwicklung vorwärts treibt, so daß sie schließlich auch wieder das erstarrte Deutschlandproblem erfaßt, das kann man hoffen oder bezweifeln, es bleibt jedenfalls völlig ungewiß.

### Bewährung der Einigkeit

Wichtiger ist ein anderes Ergebnis der Konferenz, das nicht übersehen werden darf: die Bewährung der Einigkeit des Westens. Sie zu zerbrechen, das war das kaum verhüllte Ziel Moskaus. Daß das nicht gelungen ist, allen nicht geringen Anstrengungen Molotows zum Trotz, das ist noch das Beste, was man der Berliner Konferenz

nachsagen kann; es ist zugleich auch ein Verdienst des französischen Außenministers Bidault, dessen Haltung und Handlung in dem Berliner Drama auch auf deutscher Seite volle Achtung und Anerkennung gefunden hat. Man darf in die bewährte Einigkeit des Westens auch das deutsche und das österreichische Volk einschließen. Es waren nämlich die Außenminister der Westmächte, die in ihren Plänen und Vorschlägen die Grundsätze formuliert hatten, deren Erfüllung Deutschland und Österreich zur Wiederherstellung ihrer Unabhängigkeit auch selbst stets gefordert haben.

### An Moskau gescheitert

Gescheitert ist die Konferenz an der unnachgiebigen Haltung Moskaus. Molotow begann mit einer Konzeption, die von Ostasien ausging, um über eine Entspannung der Weltlage durch eine Fünferkonferenz zu einer Lösung der europäischen Sicherheitsfrage zu gelangen, in deren Rahmen dann auch die deutsche und schließlich die österreichische Frage gelöst werden sollte. Das eine machte er vom anderen abhängig, selbst den fertigen österreichischen Staatsvertrag. Und so blieb alles ungeklärt. Wo er aber — im Rahmen dieser Konzeption und in Abhängigkeit von ihr — konkrete Regelungen vorschlug, da waren sie im Sinne des Rechtes und der Gerechtigkeit unerträglich.

### Keine Brücke

Sein Deutschlandplan war ein Versuch zur Rettung und Ausbreitung des Kommunismus in einem geeinten Deutschland; sein europäischer Sicherheitspakt hatte das Ziel, Europa unter Ausschluß der USA einer sowjetischen Hegemonie zu unterstellen; die sowjetischen Pläne und Punkte insgesamt waren schließlich darauf gerichtet, Europa in seinem heutigen Zustand der Schwäche zu konservieren und — die EVG voran — alles zu verhindern, was es einig und stark machen könnte. Zwischen dieser sowjetischen Konzeption und der Konzeption des Westens, die von freien Wahlen her die Einheit und Freiheit Deutschlands aufbauen wollte, und zwar gleich in Berlin beginnend, gab es keine Brücke.

Das war der tote Punkt, der heute nicht überwunden werden

konnte. Allen noch so eindringlichen Argumenten der Westmächte gelang es nicht, Molotow über ihn hinwegzuführen. Über die Frage, ob die westlichen Außenminister alle echten Eventualitäten einer Lösung deutlich genug vorgebracht und nachhaltig genug durchdiskutiert haben, wird es wahrscheinlich verschiedene Meinungen geben. Alles aber spricht dafür, daß angesichts der starren Haltung Moskaus hier und heute ein positives Ergebnis nicht erreichbar war. Auch so ist das Scheitern der Konferenz in seiner sachlichen Verursachung und politischen Verschuldung deutlich genug erkennbar geworden.

### Stark sein!

Über die Notwendigkeit und den Nutzen der wochenlangen Verhandlungen wird nach ihrem Ende noch mehr gestritten werden, als es bereits vor ihrem Beginn geschehen ist. Wir bejahen die Konferenz auch heute noch, sowohl ihre Notwendigkeit wie ihren Nutzen. Aus ihr ergeben sich jedenfalls einige Dominanten der weiteren politischen Entwicklung, die zweifellos fortwirken werden. Das ist zunächst das Urprinzip einer Lösung der Deutschlandfrage: freie Wahlen. Das ist ferner die Erkenntnis, daß die Wiederherstellung der Einheit und vollen Freiheit Deutschlands in einer heute anscheinend noch unlösbaren Verbindung mit der Frage der europäischen Sicherheit steht. Schließlich ist es die Erfahrung, daß stark sein es, wer mit Moskau erfolgreich kooperieren will. Um diese Punkte vor allem wird sich die weitere politische Entwicklung bewegen. In ihnen liegt eine sehr ernste politische Lektion, die prüfend durchdacht und handelnd beherzigt werden muß, heute und morgen und jeden kommenden Tag.

Deutschland war von den Möglichkeiten der Berliner Konferenz am meisten berührt, von ihrem Fehlschlag ist es am meisten betroffen — am stärksten von allen Deutschen die Menschen in der Zone. Für alle Deutschen ist über die Zonengrenze und alle politischen Gegensätze hinweg die Stunde der Sammlung in einem noch stärkeren, noch tatkräftigeren Willen zur deutschen Einheit in Freiheit gekommen.

## Jugend bejaht den Staat

Bonn (Eigenbericht). Eine hochinteressante Umfrage über den geistigen und politischen Standort der Jugend, die heute zwischen 15 und 24 Jahren alt ist, hat das Institut für Meinungsforschung in Bielefeld jetzt der Öffentlichkeit übergeben. Ein Teil der Umfrage galt der politischen Orientierung der Jugend.

Dabei erklärten 71 Prozent der Befragten, sie würden für den heutigen Staat Stellung nehmen, sofern er in einer öffentlichen Diskussion angegriffen werden sollte. 19 Prozent erklärten, daß sie dann gegen den Staat auftreten würden. 65 Prozent stellen sich positiv zu dem Gedanken, daß Deutschland gleichberechtigtes Mitglied einer europäischen Vereinigung sein sollte. 11 Prozent sahen im Nationalsozialismus positive Eigenschaften, 47 Prozent negative Eigenschaften. Über die Bereitschaft der Jugendlichen zum Wehrdienst sagt die Umfrage aus, daß 28 Prozent unter keinen Umständen bereit sind, Soldat zu werden, 28 Prozent wollen gern Soldat werden, und 42 Prozent sind bereit, „unter besonderen Umständen“ Soldat zu werden.

## SED-Brief nicht angenommen

Bonn (DPA/Eigenmeldung). Der Parteivorstand der SPD hat die Annahme eines Schreibens des SED-Zentralkomitees verweigert, in dem die SED zu gemeinsamen Beratungen über die Deutschlandvorschläge Molotows auf der Viererkonferenz aufforderte.

Das SED-Schreiben wurde durch einen Boten in das Haus des SPD-Parteivorstandes gebracht. Der Bote erhielt vom Parteivorstand Hausverbot. In dem Brief, den Ostberliner Zeitungen veröffentlichten, heißt es u. a., Hauptthema für die Wiedervereinigung und die Erhaltung des Friedens sei der EVG-Vertrag.

Zu dem SED-Schreiben erklärte der SPD-Vorsitzende Ollenhauer, daß seine Partei gemeinsame Beratungen und Aktionen mit der SED ablehnt.

## Hilfe für Zonengefangene beraten

West-Außenminister beantworten deutsche Appelle

Berlin (Eigenmeldung/DPA). Die alliierten Oberkommissare beraten gegenwärtig das Schicksal der in der Sowjetzone festgehaltenen politischen Gefangenen. In einem Brief an den Regierenden Bürgermeister Dr. Walther Schreiber hat US-Außenminister Dulles mitgeteilt, daß die westlichen Oberkommissare unter Berücksichtigung einer Bitte des Bundeskanzlers gegenwärtig das Problem der politischen Häftlinge erörtern, die auf Grund der Kontrollratsgesetzgebung nach 1945 in der Sowjetzone verurteilt wurden und festgehalten werden.

In dem Brief des amerikanischen Außenministers heißt es: „Die Umstände im Zusammenhang mit der Zurückhaltung dieser Gefangenen werfen rechtliche und politische Erwägungen auf, die, wie mir mitgeteilt wurde, noch ein weiteres Studium erfordern.“ Das Schreiben schließt: „Sie können aber versichert sein, daß der amerikanische Oberkommissar der An-

gelegenheit seine sorgsamste Aufmerksamkeit widmen wird.“

Dulles beantwortete damit einen Brief Dr. Schreibers, in dem die drei westlichen Außenminister noch während der Viererkonferenz gebeten wurden, sich in Verhandlungen mit dem sowjetischen Außenminister für die Freilassung politischer Zonen-Häftlinge einzusetzen.

## Die Forderung bleibt: Freie Wahlen!

Erklärung der drei Westmächte nach der Viererkonferenz

London (Eigenmeldung/AP). Einen Tag nach Abschluß der Berliner Konferenz haben die drei Westmächte erneut ihren Willen bekräftigt, sich weiterhin um eine Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit und den Abschluß des österreichischen Staatsvertrages zu bemühen.

Zur deutschen Frage, die das Hauptproblem in Berlin gewesen sei, stellen die Westmächte fest, daß ihre Vorschläge für freie Wahlen, Bildung einer Regierung und Abschluß eines Friedensvertrages von der sowjetischen Delegation nicht einmal als Diskussionsgrundlage angenommen worden sind.

Um die Auswirkungen der augenblicklichen Teilung Deutschlands und deren Folgen für Berlin zu mildern, hätten die drei Mächte einstweilen gewisse Maßnahmen vorgeschlagen, die ihre Oberkommissare mit ihrem sowjetischen Kollegen prüfen sollen.

Am Schluß der Erklärung heißt es: „Die drei Regierungen sind auch weiterhin bereit, jede sich bietende Gelegenheit zu ergreifen, um durch die Erneuerung der in Berlin hergestellten

Kontakte, oder auf irgendeine andere Weise, die Lösung der deutschen und österreichischen Fragen zu fördern.“

DT Die Dreimächte-Erklärung zur Viererkonferenz ist nicht eine der üblichen Beruhigungspillen, um Erregung niederzuhalten. Erregung und Enttäuschung sind zu echt und zu selbstverständlich, als daß irgendein begütigendes Kommunikation darüber hinwegtäuschen könnte. Das Wesentliche der neuen Erklärung der Westmächte ist deshalb deren Versprechen, die Bemühungen für die Wiedervereinigung fortzusetzen, genau gesagt: an Semjonow heranzutreten, um auf der Basis der Oberkommissare über Verbesserungen des interzonalen Handels und Verkehrs zu konferieren. Man sieht diesen Besprechungen aufmerksam entgegen. Denn bei allen Enttäuschungen erhebt sich nun um so fordernder die Notwendigkeit, vorwärts zu blicken. Und das heißt in dieser Situation, sich auf konkrete Anstrengungen zu konzentrieren, um praktisch auf Einzelgebieten wenigstens kleinere Erfolge zu erzielen.

## Gefängnis oder Sowjetunion

**Kommunisten wollen beides nicht**

Detroit (DPA). Ein amerikanisches Gericht in Detroit verurteilte sechs Kommunisten wegen umstürzlerischer Tätigkeit zu Gefängnisstrafen zwischen vier und fünf Jahren und zu Geldstrafen von je 10 000 Dollar. Der Gerichtspräsident erklärte, wenn jemand der Angeklagten es vorziehen sollte, statt ins Gefängnis zu gehen, in die Sowjetunion auszuwandern, so stehe dem nichts im Wege. Die Angeklagten wollen Berufung einlegen.

### Briefe an Eden

London (DPA). Der britische Außenminister Eden hat während seiner Anwesenheit in Berlin zahlreiche Briefe von Bewohnern der Sowjetzone erhalten, wie „Times“ berichtet. Unter anderem schrieb eine Gruppe von Fabrikarbeitern, die Unterschriften unter einer Erklärung zugunsten der sowjetischen Vorschläge auf der Berliner Konferenz seien „unter dem üblichen Druck veranlaßt worden und oft gefälscht“.

Wie bereits gemeldet, hat Außenminister Dulles Hunderte ähnlicher Briefe erhalten.

### Stürmisch begrüßt

New York (DPA). Die „Grips-holm“, der erste deutsche Passagierdampfer der Nachkriegs-

zeit, traf im Hafen von New York ein. Eine tausendköpfige Menge bereitete dem Schiff ein stürmisches Willkommen. Die Schiffs sirenen heulten und ein Fesselballon sowie zwei Hub-schrauber der US-Marine begrüßten den eisüberkrusteten Passagierdampfer.

### Luftfahrtbundesamt

Bonn (DPA). Das Bundeskabinett verabschiedete einen Gesetzentwurf über das Bundesamt für Zivilluftfahrt.

Das Amt soll Motorflugzeuge und Luftfahrtgeräte zulassen und überwachen und beim Such- und Rettungsdienst mitwirken.

## H-Bombe vernichtete Insel

**Erste Einzelheiten über Wirkung von Wasserstoff-Waffen**

Chicago (AP/DPA). Die ersten Einzelheiten über die verheerende Wirkung thermonuklearer Waffen, zu denen die Wasserstoffbombe zählt, gab der Vorsitzende des Atomenergieausschusses des US-Senats, Cole, bekannt.

Nach Coles Bericht wurde die Insel des Eniwetok-Atolls, auf der die USA 1952 die erste thermonukleare Explosion auslösten, vollkommen ausgelöscht. Heute verfügten die USA über noch furchtbarere Wasserstoffwaffen, so daß sie in der Lage seien, auf jeden sowjetischen

Bonn (Eigenmeldung). Das Bundeskabinett veröffentlichte eine Erklärung zum Ausgang der Berliner Konferenz. Die Sowjetregierung habe die Wiedervereinigung in Freiheit verhindert. Die Bundesregierung werde im Bewußtsein unlösbarer Verbundenheit mit der Bevölkerung der Sowjetzone ihr Ziel der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit unbeirrt weiter verfolgen.

Bundeskanzler Dr. Adenauer erklärte, das Ziel der Sowjetunion sei es, die USA aus Europa herauszudrängen und einen Europablock unter ihrer Führung zu schaffen.

Atomangriff mit einem vernichtenden Gegenschlag zu antworten.

Die damalige Explosion riß einen Krater von über anderthalb Kilometer Durchmesser und 53 Meter Tiefe in den Grund des Pazifischen Ozeans. Wäre diese Bombe über einer modernen Großstadt explodiert, so hätte sie in mehr als fünf Kilometer Umkreis eine Totalzerstörung bewirkt und eine Fläche von fast 800 Quadratkilometern in Mitleidenschaft gezogen.

### 100 Atombomber

Sidi Slimane, Marokko (AP). Die US-Luftstreitkräfte haben die Zahl ihrer in Französisch-Marokko stationierten Atom-Düsenbomber vom Typ B-47 auf 100 erhöht, nachdem die letzten der neuerlegten 45 Düsenbomber aus den USA in Sidi Slimane gelandet sind.

Wie der Kommandeur des Fliegerhorstes, Oberst Ramputi, mitteilte, sind die Bomber in der Lage, im Falle eines Krieges Atom- und Wasserstoffbomben über Tausende von Kilometern hinweg ins feindliche Hinterland zu tragen. Die Stützpunkte in Marokko seien errichtet worden, um jedem Versuch der Sowjetunion Einhalt zu gebieten, sich der freien Nationen Westeuropas zu bemächtigen.

## Größter Wehretat seit 1945

London (AP). Die britische Regierung hat dem Parlament das größte Verteidigungsbudget in Friedenszeiten vorgelegt und gleichzeitig die Sowjetunion vor einem neuen Kriege gewarnt, da der Westen nach wie vor in Atomwaffen überlegen sei. Die Auslieferung von Atomwaffen an die britischen Streitkräfte habe begonnen, und die Entwicklung der ferngelenkten Geschosse habe ein „fortgeschrittenes Stadium“ erreicht.

In einem von der Regierung vorgelegten Weißbuch wird mitgeteilt, daß Großbritannien im kommenden Haushaltsjahr seine Atomluftmacht durch die

Bildung moderner Bombergeschwader weiter ausbauen werde.

Aus dem Weißbuch geht hervor, daß Großbritannien 1954/55 für Verteidigungszwecke 1639 Millionen Pfund Sterling (rund 19 Mrd. DM) ausgeben wird, das sind 3 Mill. Pfund mehr als im vergangenen Jahr.

### Neue Atomgeschütze

Frankfurt a. M. (AP). Die US-Armee teilte am Sonnabend mit, daß am 1. Januar sechs weitere Atomgeschütze in der Bundesrepublik eingetroffen und westlich des Rheins stationiert worden seien.

# Das Christentum und die Sowjetmenschen

Neue Methoden antireligiöser Maßnahmen — „Gottlosenmuseum“ umorganisiert

Nimmt der Krenl jetzt eine neue Haltung gegenüber dem Christentum ein oder ist nach seiner Meinung immer noch „Religion Opium fürs Volk“? Rußlandexperte Edward Crankshaw berichtet jetzt von neuen Schachzügen Moskaus im Kampf gegen die Religion.

Seit langem schon sind die plumpen „Gottlosenmuseen“ und die „Gottlosen-Ligen“ in der Sowjetunion verschwunden. Geführt vom Moskauer Patriarchat hat die orthodoxe Kirche wieder etwas von ihrem alten Pomp zurückgewonnen.

Dennoch geht der Kampf gegen die Religion mit aller Erbitterung weiter. Wer etwa glaubte, daß Stalins Tod diesem Kampf ein Ende bereitet habe, dürfte jetzt mit Interesse erfahren, daß das Leningrader Museum für Religionsgeschichte soeben „neu organisiert“ seine Pforten wieder geöffnet hat.

## „Überholte Religion“

Nun aber wird der Kampf in subtilerer Form geführt — und ist daher wirkungsvoller. Früher machten die Bolschewisten einen Frontalangriff gegen das Christentum selbst und verfolgten seine Anhänger. Heute reden sie viel weniger vom Christentum, das sie lediglich als eine von vielen überholten Religionen und abergläubischen Auffassungen hinstellen.

Tatsächlich könnte man sich geraume Zeit im Leningrader Museum aufhalten, bevor man sich darüber klar wird, daß das Museum eine Waffe im Krieg gegen die Religion darstellt. Einige Abteilungen scheinen lediglich eine instruktive Ausstellung der vergleichenden Religionswissenschaft zu bilden. So finden wir wertvolle Sammlungen griechischer, ägyptischer und indischer Skulpturen und Schnitzereien. Besonders stolz ist das Museum auf seine Schau religiöser Bildwerke aus China und russischer Ikonen. Aber bald wird die leidenschaftslose Darstellung der Religionsgeschichte durch die Propaganda verdrängt.

Eine wichtige Abteilung befaßt sich beispielsweise mit der Geschichte des Papsttums und der Inquisition: „Die Rolle des

Katholizismus im Dienste der Feudalherren und der Bourgeoisie; die Grausamkeit der Inquisition . . . die Verfolgung der Naturwissenschaften . . . Massendemonstrationen gegen das Papsttum“ und — um das Bild ganz modern zu machen — „eine Bloßstellung des heutigen Vatikans und seiner Wühlarbeit in den Ländern der Volksdemokratien“.

## Die neue Taktik

Immerhin ist eine Taktikänderung unverkennbar. Anstatt der alten Haßgesänge finden wir manchmal eine heuchlerisch wohlwollende Einstellung, so daß der Eindruck entsteht, als ob die Religion im allgemeinen und das Christentum im besonderen nicht der aktive Feind des Kommunismus sei, sondern lediglich das Überbleibsel von etwas, was längst überholt und daher unwichtig geworden ist.

Aber das ist nicht die tatsächliche Haltung der Kommunistischen Partei. Immer noch versucht der Krenl, die Reli-

gion abzuschaffen. Besonders Augenmerk widmet er der Kohnsolom, der Jungkommunisten-Liga, die sechzehn Millionen Mitglieder zählt, und den Bauern in den Kolchosen, Wanderausstellungen mit Rednern suchen die einzelnen Dörfer auf und versuchen, die Bauern „aufzuklären“.

Es ist noch keine grundlegenden Wandlung eingetreten, seitdem Lenin die Religion absolut verwarf. Seine Lehre auf die heutige Lage zugeschnitten finden wir in einer Flugschrift, die jetzt in großen Mengen unter den kommunistischen Jugendführern kursiert: „Die Predigt von einem Glauben an ein Leben nach dem Tode und die Forderung, nur auf die Rettung der eigenen Seele bedacht zu sein, sind unvereinbar mit der sowjet-kommunistischen Ideologie und Morallehre. Der Glaube an ein Leben nach dem Tode laugt den Gläubigen ideologisch aus, läßt in ihm das Gefühl eines extremen Individualismus aufkommen und lähmt seinen Willen im Kampf für den Kommunismus . . . Es ist daher notwendig, einen unversöhnlichen weltanschaulichen Kampf gegen die Religion zu führen.“

# Traurige Fahrt nach Potsdam

Berlin (Eigenbericht). Es war eine etwas traurige Fahrt, die ungefähr hundert Journalisten aus 17 Ländern einschließlich der Bundesrepublik und Berlins während der Viererkonferenz auf Einladung des Ostberliner Pressezentrams unternahmen. Traurig für jene, die das Ziel der Fahrt — Potsdam und Sanssouci — von früher her kannten.

In Potsdam ist nichts mehr von der Gepflegtheit zu spüren, die die ehemalige Garnisonstadt einmal auszeichnete. Nicht ein Haus — soweit man auf der Fahrt sehen konnte — mit frisch gestrichenen Fenstern oder gar neu verputzter Fassade.

Außerlich das gleiche Bild in Sanssouci und im Potsdamer „Neuen Palais“. Abbröckelnder Putz an der Fassade des Schlosses und Fensterrahmen ohne

Farbe. Im Innern dagegen peinliche Sauberkeit.

Den Mittelpunkt der Führung durch den früheren kronprinzlichen Wohnsitz Schloß Cäcilienhof bildete die Besichtigung der für die Potsdamer Konferenz benutzten Räume. Ehrfurchtsvoll zeigte die Erklälerin auf jenen mit rotem Plüsch bezogenen Sessel, in dem damals der „größte Friedenskämpfer der Welt“, Stalin, gesessen hatte. Und dann rollte die kommunistische Propagandaschleife ab, die mit den Worten schloß: „Das deutsche Volk hofft, daß das Potsdamer Abkommen ausgeführt wird und daß der sowjetische Vorschlag zur Sicherung des Friedens in Europa Wirklichkeit wird.“

Wie gesagt: eine traurige Fahrt . . .

## Zwei Sowjets standen im Hausflur...

Mit der S-Bahn nach West-Berlin — Leutnant bat um Asyl

Ein sowjetischer Offizier und ein Rotarmist in Uniform, beide ohne Waffen, meldeten sich in der Dienststelle des Westberliner Bundesnotaufnahmeverfahrens am Kaiserdamm 85. Die beiden Sowjets waren mit der S-Bahn nach Westberlin gekommen. Sie wurden später den britischen Militärbehörden übergeben. Während der Offizier um Asyl bat, erklärte der Soldat, wieder zu seiner Einheit zurückkehren zu wollen.

Als ein Berliner um 13 Uhr ein Haus in der Rognitzstraße in Charlottenburg betreten wollte, stieß er auf die beiden Rotarmisten, die im Hausflur standen. Der Passant, der vier Jahre als Kriegsgefangener in Rußland war, fragte die verdutzten Sowjets auf russisch, was sie hier wollten. Schüchtern erklärte der Leutnant, daß er nach Berlin gekommen sei, um hier als politischer Flüchtling um Asyl zu bitten.

Die beiden Soldaten hatten den Auftrag, von Köpenick aus in die Nähe des Bahnhofs Friedrichstraße zu fahren. Diesen Auftrag benutzte der Offizier zu der seit langem geplanten Flucht nach Westberlin. Ohne den Soldaten von seinem Plan zu unterrichten, fuhren sie über Friedrichstraße in den Westsektor. In der Annahme, daß hier die Flüchtlingsstelle sei, verließen der Offizier und sein Begleiter am Bahnhof Witzleben die S-Bahn und betraten zunächst aus Scheu vor den Passanten einen Hausflur.

Der Berliner brachte die zwei zu der wenige Schritte entfernten Dienststelle des Notaufnahmeverfahrens am Kaiserdamm 85. Der Pförtner traute seinen Augen nicht, als er die beiden Sowjets erblickte. In der Annahme, daß die Dienststelle auch für nichtdeutsche Flüchtlinge zuständig sei, bat der Berliner, den Leiter der Notaufnahme sprechen zu können. Mit Hilfe eines Dolmetschers erklärten die beiden Soldaten, die sofort getrennt wurden, den Sachverhalt. Der Leutnant betonte noch einmal, in Westberlin bleiben zu wollen.

Von britischer Seite wurde mitgeteilt, daß dem sowjetischen Leutnant das erbetene Asyl zugewilligt worden ist. Ebenso wird der Wunsch des 19jährigen Soldaten, zu den sowjetischen Militärbehörden zurückkehren

zu können, erfüllt. Bei dem sowjetischen Leutnant handelt es sich um Michail Grigorev, bei dem Soldaten um Alexander Kapustin.

## Das Ost-Büro der CDU teilt mit:

Wir empfehlen, gegenüber nachstehend genannten Personen insbesondere in Gesprächen Vorsicht walten zu lassen, da die Genannten verdächtig erscheinen, Kontakt mit den sogenannten staatlichen Sicherheitsorganen zu haben, für diese Zuträgerdienste zu leisten oder für diese zu arbeiten:

1. Howel, Hans, verh., etwa 44 Jahre alt, wohnhaft in Schönerrinde Kr. Niederbarnim, Mitgl. d. KPD/SED, SED-Kreissekretär gewesen, danach in Potsdam tätig. Ist verdächtig der Zusammenarbeit mit dem SSD.

2. Jeschke, Willi, etwa 44 Jahre alt, wohnhaft in Kemnitz Kr. Greifswald, Mitgl. d. SED u. d. DSF, 1. Vors. d. DSF gewesen, tätig als landwirtschaftl. Berater. Ist verdächtig, dem SSD Informationen zu liefern.

3. Jetter, Else, etwa 32 Jahre alt, wohnhaft in Dresden, tätig gewesen oder noch tätig bei der DHZ, Abt. Buchhaltung, Mitgl. d. SED. Ist verdächtig, sowjetischen Stellen oder Personen oder dem SSD Informationen zu liefern.

4. Joeksch, verh., etwa 26 Jahre alt, wohnhaft in Fürstenberg Kr. Frankfurt, Mitgl. d. SED u. FDJ, Sekretär der sogenannten Nationalen Front. Ist der Denunziation verdächtig.

5. Joergler, Kurt, etwa 57 Jahre alt, wohnhaft in Halle, Mitgl. d. SED u. d. DSF, zuletzt Hauptabteilungsleiter im Min. für Handel u. Versorgung bei der ehem. Landesregierung Sachsen-Anhalt gewesen.

6. Jozod, Adolf, etwa 40 Jahre alt, wohnhaft in Finsterwalde Kr. Luckau, Mitgl. d.

## Größter Paketverkehr nach Osten

Bonn (AP). Der Paketverkehr von Deutschland in die Gebiete östlich der Oder-Neiße ist größer als nach jedem anderen Teil der Welt. Wie das Postministerium mitteilte, wurden im vergangenen Jahr 475 206 Pakete aus der Bundesrepublik nach den polnisch verwalteten Ostgebieten gesandt. In erster Linie handele es sich dabei um Geschenksendungen von Heimatvertriebenen an Angehörige, die in den Ostgebieten verblieben sind.

SED u. Vors. d. SED-Betr.-Gr. Städt. Krankenhaus gewesen, von Beruf Masseur.

7. Kraft, Siegfried, wohnhaft in Dresden, Leiter der Kontrollgruppe bei der Bezirksdirektion für Post- u. Fernmeldewesen.

8. Krembs, Erwin, verh., etwa 40 Jahre alt, wohnhaft in Chemnitz, Mitgl. d. KPD/SED, tätig in gehobener Stellung im Telegrafenamts. Ist verdächtig, für den SSD zu arbeiten.

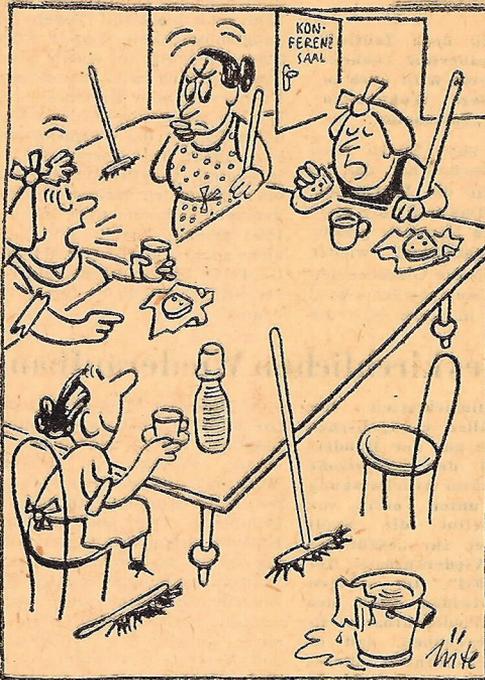
9. Krenzke, Walter, verh., etwa 57 Jahre alt, wohnhaft in Gommern Kr. Burg, Dornburger Str., Mitgl. d. KPD/SED, d. DSF, d. OFK u. versch. Funktionen.

10. Kreuz, Hans, verh., etwa 50 Jahre alt, wohnhaft gewesen in Kemberg Kr. Wittenberg u. wohnhaft in Bad Schmiedeberg Kr. Wittenberg, Stalin-Str., Mitgl. d. SED, zul. tätig als Elektrotechniker. Ist verdächtig der Zusammenarbeit mit dem SSD.

## Ein Vorstand weniger

Berlin (DPA). Auf Anweisung des kommunistisch gelenkten FDGB mußte die Gewerkschaft „Unterricht und Erziehung“ in der Sowjetzone fast den gesamten Vorstand absetzen. Er soll mit dafür verantwortlich sein, daß es „den Agenten gelang, in die Organisation einzudringen“.

## Konferenz - Nachspiel



„Setz du dich doch da rüber, wo aer Molotow gegessen hat!“

## „Wie reich sind wir beschert“

Johannes R. Becher, der neue Minister für Kultur der Sowjetzone, hat eine gar nicht so leichte Aufgabe übernommen: er soll Kulturpolitik machen, ohne dazu die geringste geistige Bewegungsfreiheit zu haben.

Für diese „Arbeit“, die es ihm schwer machen wird, so wendig und unangefochten wie bisher durch alle Maschen der ideologischen Vorschriften zu schlüpfen, wird er allerdings fürstlich bezahlt. Das Bulletin der Bundesregierung hat dem Pankower Hofpoeten Nummer 1 dieser Tage einmal nachgerechnet, wieviel ihm seine Linientreue einbringt:

Als Stalinpreisträger erhielt er vor zwei Jahren u. a. den konvertierbaren Betrag von 100 000 Rubel, als zweifacher Nationalpreisträger erster Klasse 200 000

Mark und für die Neuauflage seiner „gesammelten Werke“ vom Aufbau-Verlag allein im Jahre 1952 rund 200 000 Mark Lizenz- und Honorargebühren. Als „Präsident des Kulturbundes“ bekommt er monatlich 3000 Mark, dazu noch 3000 Mark Aufwandsentschädigung. Jetzt kommt noch sein Ministergehalt dazu.

Johannes R. Becher kann es sich also leisten, ein großartiges Leben zu führen. Er besitzt drei große Villen in Osterlin, in Hiddensee und Bad Saarow, dazu mehrere Jagden, Autos und Segelboote. Genossen, die ihn gut kannten lächelten deshalb spöttisch, als er Weihnachten vor einem Jahr in der „Täglichen Rundschau“ einen Leitartikel veröffentlichte: „Wie reich sind wir beschert!“

## Nur flüstern . . .

### Geringe Unterschiede

Im volkseigenen Werk Roter Oktober wird ein neuer Nationalpreisträger groß gefeiert. Er habe „eine neue Erfindung vorbildlich angewendet“, verkündet der Festredner in lauten Tönen. „Unsere großen Vorbilder in der Sowjetunion haben diese große Erfindung entdeckt . . . äh . . . Entdeckung gemacht . . . äh . . . Entdeckung entdeckt . . .“ verhaspelt er sich mit rotem Kopf.

Wendet sich ein Werkmeister leise an den anderen: „Versteht du das? Warum stottert der denn so?“

Lächelt sein Kollege zurück: „Der kommt mit der Wahrheit durcheinander. Die Erfindung ist nämlich schon vor dem Krieg in Deutschland gemacht worden. Dann haben die Sowjets die Patentschrift in einem Tresor entdeckt. Und nun haben sie dafür einen sowjetischen Erfinder erfunden.“

### Der neue Kurs

Große Aufregung bei der See-Vopo an der mecklenburgischen Küste: Ein Vorpostenboot ist verschwunden. Geflüchtet? Gesunken?

Endlich kommt ein Funkspruch: „Sitzen hoffnungslos auf Sandbank fest. Richtung völlig verloren. Kompaß funktioniert nicht.“

Die Volkspolizei-Leitung fragt empört bei dem volkseigenen Werk nach, das den Kompaß hergestellt hat. „Der Kompaß ist nach den neuen Richtlinien eingestellt. Er ist vollkommen in Ordnung. Die Grundlagen des neuen Kurses wurden bei der Produktion strengstens berücksichtigt“, kommt von dort die Antwort.

Große Untersuchung sämtlicher Kompaßbestände im Werk. Stellte sich heraus: Die Kompaßnadeln zeigten nur noch nach Osten . . .

### Tempo, Tempo!

Genosse Meyer hat sich als Aktivist bewährt. Nun soll er einen höheren Posten kriegen. Um die Volksverbundenheit der Kunst zu betonen, macht man ihn zum Intendanten eines Theaters. Meyer soll dort endlich fortschrittliche Methoden einführen.

Kommt er zur ersten Probe. Alles dauert ihm zu lange. „Zwei Stunden Aufführung bei den paar Dialogen!“ entrüstet er sich, „und wer sind überhaupt die neun Mädchen, die da herumstehen?“

„Die stellen die neun Museen dar!“ wird ihm erklärt.

Regt sich Genosse Meyer entsetzlich auf: „Neun Museen! Das ist doch ein uraltes System! Da braucht man sich ja über diese Trödelei nicht zu wundern. Nehmen Sie sofort zwanzig — dann wird es schneller gehen!“

## Heize mit Sonne

### Physikerin erfand sensationelles Heizsystem

Im Haus der Zukunft wird es weder Öfen noch Zentralheizung geben. Wir werden mit Hilfe von Glaubersalz Sonnenwärme speichern, und die so gespeicherte Wärme wird auch in unseren Breitengraden ausreichen, um unsere Wohnungen genügend zu erwärmen. Das Geheimnis heißt „Solarhaus“.

Dieses „Solarhaus“ ist die sensationellste Erfindung der Physikerin Dr. Maria Telkes, die am „Institut of Technology“ in Cambridge (Massachusetts) tätig ist. Vor fünf Jahren wurde es in der Nähe von Boston (Massachusetts) als Versuchshaus von der Architektin Eleanor Raymond errichtet und hat sich seitdem so ausgezeichnet bewährt, daß der Zeitpunkt der Umsetzung der Idee in die Praxis nicht mehr fern erscheint.

Als Wärmetechnikerin hatte Maria Telkes schon immer bedauert, daß die herrliche Sonnenwärme am Abend ungenutzt wieder vergeht. Lange Jahre sann sie darüber nach, wie diese Wärme zu speichern und für die menschliche Behausung nutzbar zu machen sei. Da kam sie auf den Gedanken, Glaubersalz-Kristalle zu verwenden, und baute darauf das System auf. Das Prinzip ist denkbar einfach. Glaubersalz hat die Eigenschaft, sich zu verflüssigen, wenn es über einen gewissen Wärmegrad (32,4 Grad Celsius) erhitzt wird. Es verbraucht dabei eine beträchtliche Wärmemenge. Sinkt die Temperatur, so kristallisiert das Salz wieder aus und gibt die verbrauchte Wärmemenge wieder frei. Durch diesen steten Wechsel von Verflüssigung und Auskristallisierung wird die am Tage durch große Glasflächen aufgenommene Wärme in der Nacht gespeichert und bei Bedarf, geregelt durch ein Thermostat, an die Wohnräume abgegeben.

Das Haus ist nun so gebaut, daß es, obwohl nur eingeschlos-

sig nutzbar, nach Süden noch ein zweites Geschoß hat, das die Glasflächen für die Wärmeaufnahme trägt. Das steil nach Norden abfallende Pultdach gleicht diesen Raumaufwand wieder aus. Die durch die Glasscheiben aufgefangene Sonnenwärme wird in Kammern, in denen sich die

## „Stadt des kirchlichen Wiederaufbaus“

Die Bevollmächtigten der Hilfswerke aller evangelischen Landeskirchen aus der Bundesrepublik und der Sowjetzone wählten auf ihrer Arbeitstagung in Stuttgart unter Vorsitz von Bischof Dibelius die Stadt Frankfurt/Oder zur „Stadt des kirchlichen Wiederaufbaus für das Jahr 1954“. Im vorigen Jahr war Dresden Stadt des kirchlichen Wiederaufbaus. Es wurde hervorgehoben, daß in der Nähe Frankfurts, dieses „wichtigen Vororts der kirchlichen Arbeit im Osten“, das Hüttenkombinat Stalinstadt mit seinen starken weltanschaulichen Gegenkräften liege.

Behälter mit den Salzen befinden, gespeichert. Zwei Tage Sonnenschein entsprechen ungefähr zehn bis zwölf Tagen Heizmöglichkeit. Damit würde diese Heizung in einem gemäßigten Klima wie Deutschland, Frankreich oder Italien auch im Winter voll genügen, denn Wind beeinträchtigt die Wärmespeicherung nicht. Die Kosten der Anlage sind, verglichen mit denen einer normalen Heizungsanlage, gering. Sie kostet alles in allem 1800 Dollar. Damit sind dann aber auch alle Kosten erledigt. Geld für Heizmaterial und Unterhaltung wird nie mehr gebraucht.

verschiedenen Themen befassen. Die öffentlichen Veranstaltungen beginnen am 3. September mit einem Festakt im Fuldaer Stadtsaal und einer ersten öffentlichen Kundgebung auf dem Domplatz. Der Haupttag des Katholikentages wird der Sonntag sein, an dem die große Schlußkundgebung ein Spiegelbild der weltumfassenden katholischen Kirche geben soll. Es sind vorgesehen: Ansprachen von Vertretern fremder Völker und Rassen eine Ansprache des Apostolischen Nuntius in Deutschland und eine Botschaft des Papstes.

## 76. Deutscher Katholikentag

Das Programm des 76. Deutschen Katholikentages, der vom 31. August bis 6. September in Fulda stattfindet, ist jetzt bekanntgegeben worden. Einer der Höhepunkte wird eine Betstunde am 4. September sein, die von Fulda aus über den Rundfunk in alle deutschen Kirchen übertragen wird. Nach der Eröffnung des Katholikentages werden sich einzelne Arbeitsgemeinschaften in etwa 14 Gruppen mit

### SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

## Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerika-Haus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich, ab 12 Uhr in ständ-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 930231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.